

Chronologie der Novemberrevolution 1918/19 und ihrer Vorgeschichte

Diese Chronologie wurde übernommen aus der Ausstellung „Steh‘ auf Arthur, heute ist Revolution!“, die im November 2008 zum 90. Jahrestag der Novemberrevolution in der Galerie Olga Benario in Berlin gezeigt wurde. Wir danken Günter Watermeier für die Überlassung des Materials.

Die Chronologie wurde gekürzt und inhaltlich überarbeitet, die Verantwortung dafür liegt bei den Herausgebern dieses Bandes.

Die Chronologie konzentriert sich neben einer Darstellung der allgemeinen Entwicklung auf Berlin, wo Richard Müller und die Revolutionären Obleute wirkten. Eine ähnlich detaillierte Aufzählung für die Revolution in Bremen, München und anderen Orten würde leider den Rahmen sprengen.

1871

Nach dem Sieg über Frankreich Gründung des Deutschen Kaiserreiches.

1878

Bismarcks Sozialistengesetze zur Unterdrückung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).

1887

Friedrich Engels, blickt am Jahresende voraus: „Und endlich ist *kein anderer Krieg* für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen.“ (MEW 21, S. 350f.)

1888

Wilhelm II. wird deutscher Kaiser.

1890

Entlassung von Reichskanzler Bismarck und Aufhebung der Sozialistengesetze. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei tritt mit ihren Vorsitzenden August Bebel und Wilhelm Liebknecht gestärkt aus der zwölfjährigen Verfolgung hervor.

1891

Mit dem Erfurter Programm legt sich die Partei (nunmehr „Sozialdemokra-

tische Partei Deutschlands“ – SPD) auf eine marxistische Politik fest.

7. August 1900

Tod von Wilhelm Liebknecht. An dem Trauerzug zum Friedhof Friedrichsfelde, der seitdem „Sozialistenfriedhof“ genannt wird, nehmen mehr als einhunderttausend Menschen teil. Neuer Parteivorsitzender neben August Bebel wird Paul Singer.

1906

Der Parteitag der SPD beschließt das Mannheimer Abkommen, in dem die Gleichrangigkeit von Partei und Gewerkschaften betont und der Parteivorstand verpflichtet wird, einen Massenstreik nur nach Absprache mit der Gewerkschaftsführung zu initiieren.

1907

Wilhelm Liebknechts Sohn Karl wird wegen Hochverrat zu anderthalb Jahren Festungshaft verurteilt.

31. Januar 1911

Tod von Paul Singer, für den Hugo Haase den Parteivorsitz übernimmt.

1912

Oktober

Im Ersten Balkankrieg wird die Türkei durch einen Staatenbund – bestehend aus Serbien, Griechenland, Montenegro und Bulgarien – endgültig aus Europa vertrieben.

8. Dezember

Geheimer Kriegsrat in Potsdam, an dem neben dem Kaiser und seinem Marineberater noch Generalstabschef von Moltke, der preußische Kriegsminister und der Chef des Marineamtes, Großadmiral von Tirpitz, teilnehmen.

Sie kommen überein, bis zur Fertigstellung des Nord-Ostsee-Kanals keine Kriegshandlungen gegen Frankreich und Russland ins Auge zu fassen, weil die Verteidigung der deutschen Nord- und Ostseeküsten erst dann gewährleistet sei, wenn auch die großen Schlachtschiffe den Kaiser-Wilhelm-Kanal, dessen Vertiefung in Gang war, passieren könnten. Am 23. und 24. Juni 1914 werden die letzten Kanalschleusen fertiggestellt.

18. Dezember

Die Londoner Botschafterkonferenz begegnet dem serbischen Machtzuwachs mit der Gründung des Staates Albanien, da die österreichisch-ungarische Monarchie ihren Anspruch als Ordnungsmacht auf dem Balkan gefährdet sieht.

1913**29. Juni**

Bulgarien greift die bisherigen Verbündeten aus dem Balkanbund an. Obwohl dieser sogenannte Zweite Balkankrieg nach sechs Wochen mit der Niederlage Bulgariens endet, birgt die von den Großmächten geförderte Auflösung des Osmanischen Reiches in kleine Staaten eine andauernde Kriegsgefahr. Ein Krieg, der nur schwer zu begrenzen wäre, da Serbien von der russischen Großmacht gedeckt wird, während die Habsburger Monarchie sich auf die deutsche Unterstützung verlässt.

30. Juni

Im Berliner Reichstag wird über die sogenannte Wehrvorlage abgestimmt. Obwohl die Fraktion der SPD mit ihren einhundertzehn Mitgliedern die Wehrvorlage ablehnt, spricht sie sich einstimmig für die getrennt verhandelte Deckungsvorlage aus, mit der die 1,3 Milliarden Mark teure Heeresverstärkung finanziert werden soll. Darin sind ein einmaliger Wehrbeitrag und eine Vermögenszuwachssteuer festgelegt, wodurch allein die Besitzenden zur Kasse gebeten werden. Damit weicht die Partei zum ersten Mal in ihrer Geschichte von dem Prinzip ab: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“

13. August

Tod von August Bebel, für den Friedrich Ebert die traditionelle Doppelspitze der Partei neben Hugo Haase vervollständigt.

1914**30. Juni**

Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares von einem bosnisch-serbischen Attentäter.

28. Juli

Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg.

30. Juli

Generalmobilmachung Russlands.

1. August

Kriegserklärung Deutschlands an Russland.

2. August

Die deutschen Gewerkschaften verzichten freiwillig auf Streiks und Lohnbewegungen. Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg.

3. August

Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich und Einmarsch in Belgien.

4. August

Kriegserklärung Großbritanniens an Deutschland.

Der Deutsche Reichstag bewilligt die Kriegskredite einstimmig mit den Stimmen der SPD-Fraktion.

2. Dezember

Karl Liebknecht stimmt als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die zweite Kriegskreditvorlage der Regierung.

1915

18. Februar

Rosa Luxemburg wird verhaftet und zur Verbüßung einer einjährigen Haft in die Berliner Barnimstraße eingeliefert.

20. März

Neben Karl Liebknecht lehnt nun auch der SPD-Abgeordnete Otto Rühle die dritte Kriegskreditvorlage ab.

22. April

Im belgischen Ypern wird erstmals Giftgas als Kampfmittel eingesetzt. Dieser Verstoß Deutschlands gegen das Haager Abkommen öffnet dem Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Kriegsverlauf Tür und Tor.

1916

12. Januar

Karl Liebknecht wird aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit 60 gegen 25 Stimmen ausgeschlossen. Zwei Tage später verläßt Otto Rühle die Fraktion.

24. März

Neben Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmen weitere 18 SPD-Abgeordnete gegen den „Notetat“ der Regierung. In der folgenden Sitzung werden die 18 Verweigerer aus der Fraktion ausgeschlossen. Sie bilden daraufhin die „Sozi-

aldemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) und wählen Wilhelm Dittmann, Hugo Haase und Georg Ledebour zum Vorstand. Am folgenden Tag legt Hugo Haase sein Amt als Vorsitzender der SPD nieder.

1. Mai

Maidemonstration auf dem Berliner Potsdamer Platz. Liebknecht ruft „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ und wird daraufhin verhaftet. Die Haft dauert bis zum 23. Oktober 1918.

10. Juli

Rosa Luxemburgs Haft wird in eine „Schutzhaft“ umgewandelt, die bis zum 8. November 1918 dauert.

9. – 17. Oktober

Verbot der zentralen SPD-Zeitung „Vorwärts“. Die Oberste Heeresleitung (OHL) macht die Wiederezulassung von einer „personellen Änderung in der Leitung der Redaktion“ abhängig. Der Parteivorstand setzt eine neue Redaktion unter Friedrich Stampfer ein. Die linken Redakteure werden entlassen.

2. Dezember

Der Reichstag verabschiedet mit den Stimmen der SPD-Fraktion und gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“, das u. a. die Möglichkeit der Zwangsverpflichtung und die Aufhebung der Wahl des freien Arbeitsplatzes vorsieht. Mit der Zustimmung zur totalen Erfassung der Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie handelt sich die SPD(-Mehrheit) die erstmalige staatliche Anerkennung der Gewerkschaften in Deutschland ein.

1917

23. Januar

US-Präsident Wilson gibt die Losung „Frieden ohne Sieg“ aus. Mit der Verweigerung einer Friedenskonferenz unterstreicht die deutsche Führung ihre aggressiven, auf Eroberung gerichteten Kriegsziele.

1. Februar

Durch die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot Krieges setzt Deutschland die Zeichen auf einen „Totalen Krieg“, wobei der Kriegseintritt der USA billigend in Kauf genommen wird.

11. / 12. März

„Februarrevolution“ in Russland (nach dem damals in Russland geltenden Kalender). Sturz des Zaren. Es entsteht eine Doppelherrschaft aus Arbeiterräten und provisorischer Regierung.

1. April

Kriegserklärung der USA an Deutschland.

6. April

Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) in Gotha unter Teilnahme der Spartakusgruppe, die den revolutionären Umsturz anstrebt.

14. Juli

Für den gestürzten Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wird Georg Michaelis durch die Heeresleitung als Nachfolger bestimmt.

19. Juli

Der Reichstag nimmt mit 212 Stimmen die von Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und der SPD eingebrachte „Friedensresolution“ gegen 120 Stimmen an. Die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger vorgetragene Resolution verzichtet auf Eroberungen im Westen.

2. August

Matrosenaufstand auf dem Schiff „Prinzregent Luitpold“. Das ohnehin angespannte Verhältnis der Seeoffiziere zu den Mannschaften, die auf den Schlachtkreuzern bis zu tausend Mann umfassen, bekommt mit Andauern des Krieges weitere Brüche.

2. September

Um der von den militaristischen Junkern und der mit ihnen verbündeten Schwerindustrie als „Verrat der nationalen Interessen“ gebrandmarkten Friedensresolution entgegenzuwirken, wird vom ostpreußischen Landschaftsdirektor Wolfgang Kapp und Admiral v. Tirpitz die „Deutsche Vaterlandspartei“ ins Leben gerufen. Sie wird in kürzester Zeit zur mitgliederstärksten Partei des Kaiserreiches aufsteigen.

5. September

Die Hinrichtung der Berliner Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch, an denen wegen Befehlsverweigerung ein Exempel statuiert wird, steigert die Verbitterung der Mannschaften.

6. / 7. November

„Oktoberrevolution“ (nach dem damals in Russland geltenden Kalender) der Bolschewiki unter Führung Lenins, der Deutschland alsbald Waffenstillstandsverhandlungen anbietet. Die revolutionären Ereignisse in Russland versprechen den deutschen Kriegsbefürwortern eine Entlastung an der Ostfront, die sich im März 1918 durch den Friedensschluss von Brest-Litowsk endgültig realisiert. Gleichzeitig erhalten auch die Kriegsgegner in Deutschland durch die Russische Revolution weiteren Auftrieb.

1918**28. Januar – 3. Februar**

Eine mächtige Streikbewegung von ca. einer Million Menschen mit Schwerpunkt in Berlin bringt einen Großteil der deutschen Rüstungsproduktion für einige Tage zum Erliegen. Trotz anschließender Massenverhaftungen und Einberufungen zum Militärdienst beginnen die Revolutionären Obleute aus den Rüstungsbetrieben Waffen abzugeben und verstärkt Propagandamaterial für die Revolution in Umlauf zu bringen.

3. März

Unterzeichnung des von Deutschland diktierten Brest-Litowsker Friedensvertrages mit Russland.

28. / 29. September

Während seit Ende 1917 bis zu 250.000 US-Amerikaner die alliierten Truppen verstärken, erlebt die kaiserliche Armee einen „verdeckten Militärstreik“. 750.000 - 1.000.000 deutsche Soldaten gehen in den letzten Kriegsmonaten in alliierte Gefangenschaft oder entfernen sich „unerlaubt von der Truppe“.

Die OHL verlangt von der Reichsregierung die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, Umbildung der Regierung „auf breiter Grundlage“ (unter Einbeziehung der SPD) und Parlamentarisierung des Reiches.

3. Oktober

Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers v. Hertling Ernennung des Prinzen Max von Baden. Note an US-Präsident Wilson mit der Bitte um Vermittlung bei der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen.

4. Oktober

Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Grundlage, in die Philipp Scheidemann (neben Ebert SPD-Vorsitzender seit Haases Rücktritt) und Gustav Bauer (2.Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften) als Staatssekretäre eintreten.

22. Oktober

Hindenburg und Ludendorff schwenken um und fordern eine Politik des „Durchhaltens“. Befehl der Seekriegsleitung an das Flottenkommando in Wilhelmshaven zum Angriff auf die englische Flotte.

26. Oktober

Der Reichstag beschließt Verfassungsänderungen. Das Deutsche Reich wird parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie. General Groener wird Ludendorffs Nachfolger in der OHL.

Der vor drei Tagen freigelassene Karl Liebknecht, der von Tausenden am Anhalter Bahnhof in Berlin empfangen wurde, nimmt erstmals an einer Sitzung des illegalen Vollzugsausschusses der Revolutionären Obleute teil.

27. Oktober

Die Besatzungen der „Derfflinger“, „Von der Tann“ und der „Seydlitz“ verzögern vor Wilhelmshaven das Auslaufen der Schiffe.

28. Oktober

Befehlsverweigerungen auf den Linienschiffen „Markgraf“, „Kronprinz“ und „Großer Kurfürst“.

29. Oktober

Kaiser Wilhelm II. verlässt Berlin ins große Hauptquartier nach Spa (Belgien).

3. November

Demonstration und Kundgebung von Matrosen, Arbeitern und Soldaten in Kiel. Ein Leutnant lässt seine Patrouille in die Menge schießen und löst damit den bewaffneten Aufstand aus. Die Aufständischen erzwingen vom Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel, Admiral Wilhelm Souchon, die Freilassung der gefangenen Matrosen und die Anerkennung der neugebildeten Räte.

4. November

Die Erhebung in Kiel kann sich auf ca. 20.000 Matrosen stützen. Auf Schiffen und in Kasernen werden Soldatenräte gewählt, die u. a. die sofortige Beendigung des Krieges und die Abdankung der Hohenzollern verlangen. Der SPD-Politiker Gustav Noske eilt von Berlin nach Kiel und kann sich an die Spitze der revolutionären Bewegung setzen.

6. November

Ausdehnung der revolutionären Bewegung auf Norddeutschland (Lübeck, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Rostock usw.), sowie Hannover, Braunschweig und Frankfurt am Main.

Die Arbeiter- und Soldatenräte bestehen zum größten Teil aus Anhängern von SPD und USPD. Ihre Stoßrichtung ist demokratisch, pazifistisch und antimilitaristisch. Sie entmachten neben den Fürsten nur die bis dahin allmächtigen militärischen Generalkommandos.

8. November

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat München proklamiert die Republik Bayern unter Kurt Eisner (USPD) und Erhard Auer (SPD). Der Bayerische König Ludwig III. wird zum Thronverzicht gezwungen. In den nächsten Tagen danken auch die regierenden Fürsten der übrigen deutschen Staaten ab oder werden für abgesetzt erklärt.

Rosa Luxemburg wird abends aus der Haft in Breslau entlassen.

9. November

Am Morgen werden in Berlin Flugblätter mit Revolutionsaufrufen der revolutionären Obleute und der Spartakusgruppe verteilt. Zwischen 8.00 und 10.00 Uhr beginnt der allgemein befolgte Generalstreik. Es formieren sich in den Großbetrieben riesige Demonstrationssäue, die zu den Kasernen ziehen, zur

Verbrüderung aufrufen und die Offiziere entwaffnen. An der Maikäferkaserne (Gardefusiliere) in der Chausseestraße gibt es die ersten drei Toten der Revolution, als ein Offizier in die eindringende Menge schießt.

Obwohl die SPD-Führung am Morgen noch versucht hat, den Generalstreik zu verhindern, unterstützt sie diesen schon mittags. Ohne dazu autorisiert zu sein, lässt der Reichskanzler Max von Baden dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau um die Mittagszeit die Meldung zugehen, der Kaiser habe abgedankt. Kurz danach überträgt er die Reichskanzlerschaft an Friedrich Ebert, dessen Hoffnung auf ein Weiterbestehen der Monarchie allerdings nicht mehr durchsetzbar ist.

Gegen 14.00 Uhr ruft Scheidemann am Reichstagsgebäude die Republik aus, einige Stunden später Liebknecht vom Balkon des Schlosses die „Sozialistische Republik“.

10. November

Auf einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wird als oberstes Regierungskollegium der sechsköpfige „Rat der Volksbeauftragten“ gewählt, paritätisch von SPD (Ebert, Landsberg, Scheidemann) und USPD (Haase, Dittmann, Barth) besetzt. Als Exekutivgewalt für die gesamte Republik wird ein „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin“ gewählt, in den sieben SPD-, sieben USPD-Vertreter und vierzehn Soldaten gewählt werden. Vorsitzende werden Richard Müller (USPD) und (kurzfristig) Hauptmann a. D. von Beerfelde.

Der Beamtenapparat des Kaiserreichs vom Dorfschullehrer bis hin zur Ebene der Staatssekretäre wird jedoch nicht ausgetauscht oder abgesetzt – ein folgenschwerer Fehler, wie sich bald zeigen wird.

11. November

Im Wald von Compiègne wird der Waffenstillstand unterzeichnet – jedoch nicht von den Generälen, sondern von einer zivilen Delegation, geleitet vom Zentrumsabgeordneten Erzberger.

Offizielle Gründung des „Spartakusbundes“, der organisatorisch im Rahmen der USPD verbleibt.

12. November

Verkündung des bürgerlich-demokratischen Regierungsprogramms des Rates der Volksbeauftragten mit Arbeitsschutzverordnungen, Einführung des Achtsturentages ab 1.1.1919 usw.

15. November

Vereinbarungen der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften (Arbeitsgemeinschaftsabkommen): Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft, Einrichtung paritätisch besetzter Schlichtungsausschüsse und eines Zentralausschusses zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens.

Gründung des „Roten Soldatenbundes“.

20. November

Beisetzung der Revolutionsopfer im Friedrichshain auf dem Friedhof der Märzgefallenen von 1848.

22. November

Die Deutschkonservative, Freikonservative, Christlich-Soziale und Deutschvölkische Partei schließen sich zur antisemitischen „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) zusammen.

23. November

Die Nationalliberale Partei nennt sich in „Deutsche Volkspartei“ (DVP) um.

28. November

In Berlin tauchen erste Hetzplakate gegen Karl Liebknecht auf.

30. November

Eine große Mehrheit der Berliner Soldatenräte spricht sich auf einer Tagung im Reichstag für eine baldige Einberufung der Nationalversammlung aus.

Anfang Dezember

Beginn einer antisemitischen Flugblattkampagne unter den Fronttruppen, später auch in Berlin, die vom nationalistischen „Alldeutschen Verband“ getragen wird. Bildung des „Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“ und Gründung der „Antibolschewistischen Liga“, die durch Industriegelder finanziert wird und sofort eine massive Flugblatt- und Plakataktion startet.

6. Dezember

Beratung der OHL in Paderborn über die Frage der Bildung von Freiwilligenkorps.

In Berlin marschieren am Nachmittag Angehörige des Gardegrenadierregiments Kaiser Franz (sogenannte „Franzer“), Soldaten anderer Waffengattungen sowie Mitglieder einer neugebildeten „Studentenwehr“ zur Reichskanzlei und bringen Ebert Ovationen dar, während ein Feldwebel in seiner Ansprache gegen die „Misswirtschaft“ des Berliner Vollzugsrates polemisiert.

Währenddessen setzt ein anderer Teil der Soldatendemonstration den Vollzugsrat an seinem Sitz, dem preußischen Abgeordnetenhaus in der Prinz-Albrecht-Straße, vorübergehend fest. Als drei vom Spartakusbund einberufene Protestversammlungen im Norden der Stadt von der Verhaftung des Vollzugsrates erfahren, bilden sie Demonstrationzüge. Im Bereich Chausseestraße Ecke Invalidenstraße schießen Gardefüsiliere, die vom sozialdemokratischen Stadtkommandanten Wels dorthin beordert worden waren, mit Maschinengewehren in einen der Demonstrationzüge und töten sechzehn Demonstranten und Passanten; es gibt zahlreiche Verletzte.

Als Drahtzieher der Soldatendemonstrationen werden später Offiziere aus dem Kriegsministerium und Mitglieder des Auswärtigen Amtes ermittelt.

7. Dezember

Erste selbständige Demonstration des Spartakusbundes, der sich nur einige Tausend Anhänger anschließen. Nur durch das Eingreifen von Polizeipräsident Eichhorn (USPD) kann ein erneutes Blutbad verhindert werden, als Einheiten der „Republikanischen Soldatenwehr“ mit schussbereiten Maschinengewehrschützen gegen die Spitze des Zuges vorgehen wollen.

9. Dezember

Der Berliner Stadtkommandant Wels teilt mit, dass die Aufstellung der zehntausend Mann starken Republikanischen Soldatenwehr beendet ist.

10. Dezember

Beginn des sich über fast zwei Wochen hinziehenden Einzugs der Gardetruppen in Berlin, der eine Demonstration des wiedererstarbten Nationalismus und Militarismus darstellt. Allerdings erweisen sich die von der Front heimgekehrten Truppen alsbald fast durchgängig als wertlos, da zahlreiche Soldaten sich schleunigst nach Hause absetzen oder „spartakistischer Zersetzung“ anheim fallen.

12. Dezember

Auf einer vom Vollzugsrat einberufenen Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wird beklagt, dass sich einzelne Räte Exekutivgewalt angemaßt hätten, so in Neukölln und Mariendorf, wo sie Beschlüsse gegen Mietsteigerungen und das einstweilige Verbot von Zwangsvollstreckungen bei Kriegsteilnehmern, Kriegerwitwen und einkommensschwachen Familien ausgesprochen hätten.

Der Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat hatte Stadtverordnetenversammlung und Magistrat für aufgelöst erklärt, da sie noch nach dem Dreiklassenwahlrecht zustande gekommen waren.

14. Dezember

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten gegen Streiks und Verordnung zur Waffenabgabe, bei Nichtbefolgung bis zu fünf Jahren Gefängnis.

15. Dezember

Erlass des Rates der Volksbeauftragten über die Bildung einer freiwilligen Volkswehr „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ (Grundlage der Freikorpsbildung).

Der SPD-Volksbeauftragte Scheidemann erklärt auf einer Kundgebung, die Gefahren einer Gegenrevolution von rechts seien ein Kinderspiel gegen die Gefahren von links.

Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin. Resolution von Rudolf Hilferding, Organisation der Wahlen zur Nationalversammlung als wichtigste politische Aufgabe der USPD, erhält 485 Stimmen gegenüber 195 Stimmen für die Resolution Rosa Luxemburgs: Austritt der USPD-Vertreter aus

dem Rat der Volksbeauftragten, Ablehnung der Nationalversammlung, Übernahme der ganzen politischen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte.

16. – 21. Dezember

Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands („Erster Rätekongreß“). Von den rund 500 Delegierten gehören ca. 300 zur SPD, ca. 100 zur USPD, der Rest zur DDP bzw. bezeichnet sich als parteilos. Während der Antrag von Ernst Däumig (USPD), am Räteystem als Grundlage der Verfassung festzuhalten, deutlich abgelehnt wird, erhält der Antrag, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 abzuhalten, mit ca. 400 gegen 50 Stimmen eine klare Mehrheit.

Der Antrag, die Regierung zu beauftragen, mit der Sozialisierung aller hierzu reifer Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Ebenfalls der militärpolitische Beschluss der Rätekonferenz, die sogenannten sieben „Hamburger Punkte“. Demnach sollen das stehende Heer abgeschafft und durch ein Volksheer ersetzt, die Rangabzeichen abgeschafft und die Ausübung der militärischen Kommandogewalt durch die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates bzw. des zu wählenden Zentralrates versehen werden. Unmittelbare Folgen hat keiner dieser richtungweisenden Beschlüsse, jedoch setzen sie die SPD-Führung unter Legitimationsdruck gegenüber der Parteibasis.

Während die Räte glauben, im Interesse der neuen Ordnung zu handeln, sehen die Parteiführer der SPD in ihnen störende Elemente für einen friedlichen Machtwechsel, den sie schon vollzogen wännen. Wie die bürgerlichen Parteien fordern sie möglichst rasche Wahlen zu einer Nationalversammlung, die über die endgültige Staatsform befinden soll.

24. Dezember

In der Nacht aus Potsdam angerückte Truppen ziehen morgens vor Schloss und Marstall und beginnen nach Ablauf eines zehnminütigen Ultimatums zur Räumung des Schlosses den Beschuss mit schwerer Artillerie. Trotz der zwei-stündigen Kanonade können die gut hundert Matrosen (die meisten sind über Weihnachten zu ihren Familien gefahren) Schloss und Marstall halten, da Teile der Republikanischen Soldatenwehr und der Eichhornschen Sicherheitswehr den Matrosen zu Hilfe kommen. Unter dem Druck der zahlreich herangeeilten Zivilbevölkerung geben die Belagerer mittags den Kampf auf.

29. Dezember

Eine Reichskonferenz des Spartakusbundes beschließt gegen drei Stimmen die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei.

Ende Dezember

Im Süden und Südwesten Berlins, bei Potsdam, Teltow, Treuenbrietzen und im Lager Zossen werden die ersten Freiwilligenverbände konzentriert. Die Verfas-

sung der insgesamt rund zehntausend Mann, die dem Kommando des Generals von Lüttwitz unterstellt sind, lässt nach Einschätzung der Obersten Heeresleitung „anfänglich zu wünschen übrig“, so dass vor Mitte Januar eine Verwendung der Truppen nicht für möglich gehalten wird.

31. Dezember 1918 / 1. Januar 1919

Nach ihren Erfahrungen mit SPD und USPD gründen die Spartakisten mit anderen linken Gruppen wie etwa den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) und fangen die Unzufriedenheit vieler Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem bisherigen Revolutionsverlauf auf. Im Gründungsprogramm hält Rosa Luxemburg fest, dass die Machtergreifung der Kommunisten niemals ohne klaren mehrheitlichen Volkswillen zustande kommen könne. Die Mehrheit hofft noch immer, die Macht durch fortgesetzte Agitation in den Betrieben und den Druck der „Straße“ eringen zu können. Die Revolutionären Obleute entscheiden sich jedoch nach Verhandlungen mit den Spartakisten für den Verbleib in der USPD.

4. Januar

Die Regierung entlässt den Polizeipräsidenten von Berlin, das USPD-Mitglied Emil Eichhorn, weil dieser sich in der Weihnachtskrise geweigert hatte, gegen demonstrierende Arbeiter vorzugehen. USPD, Revolutionäre Obleute und die KPD-Führer Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck rufen für den nächsten Tag zu einer Protestaktion auf.

5. Januar

Aus der Demonstration entwickelt sich ein Massenaufmarsch. Wie am 9. November strömen an diesem Sonntag Hunderttausende ins Zentrum Berlins, darunter viele Bewaffnete. Sie besetzen die Bahnhöfe und das Zeitungsviertel mit den Redaktionsgebäuden der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“. Einige der Zeitungen hatte Tage zuvor zur Aufstellung weiterer Freikorps und zum Mord an den Spartakisten aufgerufen.

Die im Polizeipräsidium versammelten Initiatoren der Demonstration wählen einen 53-köpfigen „Provisorischen Revolutionsausschuss“, der aber dem Aufstand keine klare Richtung gibt. Liebknecht, neben Ledebour und Paul Scholze einer der drei Vorsitzenden, fordert den Sturz der Regierung und schließt sich der Mehrheitsmeinung im Ausschuss an, die den bewaffneten Kampf propagiert. Rosa Luxemburg spricht sich gegen einen Aufstand zu diesem Zeitpunkt aus.

6. Januar

Aufruf des Revolutionsausschusses zu erneuten Massendemonstrationen, denen noch mehr Menschen folgen. Ein Teil der Revolutionären Obleute beginnt sich zu bewaffnen und zum Sturz der Regierung Ebert aufzurufen. Die in Berlin

stationierten Truppen dafür zu gewinnen, bleibt weitgehend erfolglos. Selbst Einheiten wie die Volksmarinedivision sind nicht bereit, den Aufstand aktiv zu unterstützen. Sie erklärt sich für neutral.

Gustav Noske, seit wenigen Tagen Volksbeauftragter für Heer und Marine, übernimmt den Oberbefehl über die Truppen.

8. Januar

Nachdem die Truppenbewegungen und ein SPD-Flugblatt „Die Stunde der Abrechnung naht“ bekannt werden, bricht der Ausschuss weitere Verhandlungen ab. Ebert nimmt das zum Anlass, die in Berlin stationierten Truppen gegen die Besetzer einzusetzen.

9. Januar

Der improvisierte Aufstandsversuch wird gewaltsam niedergeschlagen. Freikorps räumen mehrere Gebäude brutal und erschießen die Besetzer standrechtlich. Nachdem die übrigen sich rasch ergeben, wird ein Teil von ihnen dennoch ebenso erschossen. Diesem Vorgehen fallen in Berlin 156 Menschen zum Opfer.

15. Januar

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von einer wenige Tage vorher mit Erlaubnis Noskes gebildeten Bürgerwehr in Berlin-Wilmersdorf in einer Wohnung verhaftet und an das größte Freikorps, die schwerbewaffnete Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD) übergeben, deren Anführer Hauptmann Waldemar Pabst sie verhören, misshandeln und in derselben Nacht erschießen lässt. Vorher holt er sich dafür telefonisch die Zustimmung zur geplanten Ermordung von Noske ein, der sich lediglich weigert, schriftliche Befehle über die Art der Durchführung zu geben.

19. Januar

Die ersten Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung finden statt, erstmals wird hier das Frauenwahlrecht angewandt.

Die Wahlen ergeben eine bürgerliche Mehrheit. Die SPD wird mit 37,4 % der Stimmen stärkste Partei und stellt 165 von 423 Abgeordneten. Die USPD kommt nur auf 7,6 % und 22 Abgeordnete. Die KPD nimmt entgegen Rosa Luxemburgs Empfehlung nicht an den Wahlen teil. Die Zentrumspartei ist mit 91 Abgeordneten zweitstärkste Kraft. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) erringt 75, die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) 19 und die konservativ-nationalistische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 44 Mandate.

6. Februar

Um den besonders in Berlin wirksamen Einflüssen der Soldatenräte zu entgegen, tritt die Nationalversammlung erstmals in Weimar zusammen und wählt dort am 11. Februar Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten und

am 13. Februar Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten der neugebildete Koalition.

3. März

Um sich gegen Regierung und reaktionäres Militär zur Wehr zu setzen, bleibt nur der Generalstreik, den die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte mit großer Mehrheit, bei rund 200 Enthaltungen der SPD-Delegierten, beschließt.

Als es gegen den Willen der Streikleitung nachmittags durch Lockspitzel zu Plünderungen und Krawallen in der Gegend um den Alexanderplatz kommt, nimmt die Regierung das zum Anlass, um den Belagerungszustand über Berlin und Umgebung zu verhängen.

5. März

Die Republikanische Soldatenwehr (RSW) erhält den Auftrag, den Alexanderplatz zu räumen. Als die 800 Matrosen der RSW das dortige Polizeipräsidium erreichen, werden sie aus dem Gebäude von Truppen des Freikorps Lützow mit Maschinengewehren und Handgranaten „versehentlich“ angegriffen. Damit bricht der Bürgerkrieg endgültig aus. Bei den nachfolgenden Kämpfen schlägt sich etwa ein Drittel der RSW auf Seite der Matrosen, der Rest verbleibt bei den Regierungstruppen und Freikorps unter Oberst Reinhard, die erstmals während der Revolution alle Mittel einer Feldschlacht einsetzen.

9. März

Nach der Erstürmung eines Polizeireviere in Berlin-Lichtenberg kommt es zu einem Lynchmord an einem verhassten Kriminalkommissar durch Arbeiterfrauen, die er beim Anstehen nach Brot und Kartoffeln belästigt, verhöhnt und mit Zucht haus und Erschießen bedroht hatte. Alle anderen Beamten bleiben unbehelligt.

Einige Stunden später bringt die „BZ am Mittag“ die von amtlicher Stelle (GKSD und Ministerium des Innern) übermittelte Meldung, es seien „60 Kriminalbeamte und viele andere Gefangene von Spartakisten erschossen worden“. Der „Vorwärts“ wiederholt die Falschmeldung.

Noske erlässt daraufhin folgenden Schießbefehl: „Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“

Die GKSD erlässt selbständig den Befehl, nach dem auch Leute erschossen werden sollen, in deren Wohnungen Waffen gefunden würden, ohne Nachweis einer Kampfbeteiligung.

10. März

Auf Befehl Noskes wird Leo Jogiches, Redakteur der „Roten Fahne“, durch Angehörige der GKSD verhaftet und auf dem Weg zum Untersuchungsrichter niedergeschossen.

11. März

Nach dem Verbot der Volksmarinedivision am Vortag werden 200 Matrosen zum Löhnungsappell bestellt. Obwohl alle einen Waffenschein besitzen, erscheinen viele wohlweislich unbewaffnet wegen des Standrechts. Oberst Reinhard lässt sie von Regierungstruppen unter Oberleutnant Marloh festnehmen, der 29 Matrosen an die Wand stellen und mit Maschinengewehren erschießen lässt.

14. März

Die Öffentlichkeit erfährt, dass es statt des angeblichen „Massakers“ an Polizeibeamten nur ein oder zwei Tote gegeben hat. Die Folgen der Hetzkampagne und der Befehle sind um ein vielfaches schlimmer als das Ausmaß der Ausgangslüge. Keiner der geistigen Urheber wird wegen Anstiftung zum vielhundertfachen Totschlag bzw. Mord jemals belangt. Auch die ausführenden Soldaten bleiben strafflos.

16. März

Aufhebung des Standrechts. Noske spricht von 1.200 toten Spartakisten, obwohl die KPD zu der Zeit in Berlin gar nicht so viele Mitglieder hat. Es muss von über 2.000 Toten ausgegangen werden (die Verluste der Regierungstruppen sind gering), darunter viele Unbewaffnete und Unbeteiligte; viele trauen sich nicht, die wahre Todesursache ihrer Angehörigen anzugeben.

Januar – März 1919

Aufstandsversuche in mehreren Gegenden Deutschlands. In einigen Regionen werden vorübergehend Räterepubliken ausgerufen. Trotz eines Verhandlungsangebots entscheidet Noske Ende Januar, auch gegen die Bremer Räterepublik gewaltsam vorzugehen und befiehlt den Freikorpsverbänden, in die Stadt einzumarschieren. In den darauf folgenden Kämpfen kommen 400 Menschen ums Leben.

Als Reaktion darauf brechen Massenstreiks in Sachsen, im Rheinland und im Ruhrgebiet aus, dort im Zuge einer Sozialisierungsbewegung. Angehörige von USPD und KPD und sogar der SPD rufen auch dort zum Generalstreik auf. Auch in Hamburg und Sachsen-Gotha kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Situationen.

8. – 14. April

Ein zweiter Rätekongress mit sozialdemokratisch-bürgerlicher Mehrheit tagt. Es kommt zu heftigen Debatten über die Zukunft der Revolution, die jedoch ohne größere Wirkung auf den weiteren Verlauf der Entwicklung bleiben.

2. Mai

Ende der sich am längsten haltenden Münchner Räterepublik durch preußische und württembergische Freikorpsstruppen mit ähnlichen Gewaltexzessen wie in Berlin und Bremen.

31. Juli

Die Weimarer Nationalversammlung beschließt eine neue Verfassung für das Deutsche Reich. Die Ersetzung der Staatsbezeichnung durch „Republik“ wird von der bürgerlichen Mehrheit der Versammlung abgelehnt. Die Verfassung schreibt eine parlamentarisch-demokratische Staatsform fest, lehnt jedoch jede weitergehende Demokratisierung in Form von Räten ab. Der unter dem Druck der Märzstreiks eingefügte „Räteparagraf“ § 165 hat stattdessen eine wirtschaftsfriedliche Ausrichtung und schreibt die Kooperation von Kapital und Arbeit gesetzlich fest. Das Privateigentum ist von der Verfassung geschützt.

Mit der neuen Verfassung ist die Revolutionsphase formal abgeschlossen. Streiks und Aufstandsversuche mit Bezug auf die Forderungen der Novemberrevolution, aber auch gegenrevolutionäre Putschversuche dauern jedoch bis 1923 fort.